

Die folgenden Paragraphen gelangen debattelos zur Annahme. Bei § 87 (Auszahlung der Renten) beantragt Abg. Graf v. Wolff-Weilgen (Welfe) die Annahme einer Resolution, durch welche der Reichsanwalt ersucht werden soll, ein vereinfachtes Verfahren einzuführen.

Geheimrath v. v. Voebcke steht der Anregung sympathisch gegenüber, hält die Sache aber noch nicht für spruchreif.

Die Resolution wird angenommen, ebenso die §§ 88-101.

§ 102 handelt von den Duitungsarten. Deseiben sollen Namen zur Ausnahme von Marken für mindestens 62 Beitragswochen bieten.

Die Sozialdemokraten beantragen, Raum für 63 Beitragswochen zu lassen. Jede Karte soll bis mit der Bezeichnung der Kalenderwoche versehen werden.

Wolkenbühr (SD): Bei der jetzigen Einrichtung ist eine wirksame Kontrolle der regelmäßigen Beitragszahlung ganz unmöglich, da kein Mensch da bestimmen kann, für welche Zeitperiode die gefällten Marken gelten. Nach unserem Vorschlag kann man aber selbst nach Jahren feststellen, ob in einer bestimmten Zeit die Beiträge entrichtet worden sind. Etwaige verfallene Beiträge können dann noch nachträglich eingezogen werden. Ferner hätte eine Karte mit Wochenangaben den Vortheil, daß die Krankheitsbescheinigungen sofort erbracht werden können. Vor allen Dingen ist aber auch eine gewisse Kontrolle darüber möglich, wie weit vielleicht die Selbstverschickten in regelmäßiger Beitragszahlung gehen. Kurz, die Datumsart hat so viele Vorzüge, daß die geringen Nachtheile nicht ins Gewicht fallen.

Direktor im Reichsversicherungsamt Dr. v. Voebcke erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung zu einer Aenderung der Duitungsarten nach Erledigung dieses Gesetzes. Der Antrag der Sozialdemokratie sei aber praktisch undurchführbar.

Wolkenbühr (SD) ist ebenfalls im Prinzip mit dem Antrag einverstanden, glaubt aber nicht, daß der vorgeschlagene Weg gangbar ist.

Wolkenbühr (SD): Als die gegenwärtig im Gebrauch befindlichen Marken eingeführt wurden, war es sehr schwer, die Leute an ein so verwickeltes System zu gewöhnen. Niemand konnte es verstehen, weshalb die Marken alle nacheinander gefällig werden sollten, so daß Marken in der Arbeit gar nicht zu bemerken waren. Demgegenüber bedeutet unser Vorschlag Datumsarten einzuführen, eine große Verbesserung.

v. Voebcke (R.) steht dem Antrage an sich sympathisch gegenüber, hält ihn jedoch in der vorliegenden Fassung für unannehmbar.

§ 102 wird darauf unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages angenommen.

Die folgenden Paragraphen gelangen debattelos zur Annahme. Bei § 111, der von der Einrichtung der Beiträge durch die Versicherer handelt und den Anspruch der Versicherten gegen den Arbeitgeber auf Erstattung der Hälfte des Beitrages nur bis zur nächsten Lohnzahlung stellen läßt, beantragen die Sozialdemokraten, letztere Beschränkung ganz fallen zu lassen, eventuell den Anspruch innerhalb der durch § 106 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmten Verjährungsfrist stellen zu lassen.

Wolkenbühr (SD) begründet den Antrag damit, daß die Arbeitnehmer sich nicht gerne wegen kleiner Beträge mahnen lassen und die Arbeiter so oft ihren Anspruch verlieren.

Geheimrath Dr. Kauffmann meint, wenn der Arbeiter von der Befugnis, den Arbeitgeber zu mahnen, keinen Gebrauch mache, müsse er die Konsequenzen tragen.

Der Antrag wird darauf abgelehnt, § 111 in der Kommissionsfassung angenommen.

Die folgenden Paragraphen bis inklusive § 121 werden debattelos erledigt.

Im § 122, der die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Versicherungsorganen, Versicherern oder Arbeitern regelt, wird nach kurzer Debatte ein Erlaßantrag v. v. Voebcke (R.) angenommen, durch welchen Streitigkeiten, deren Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung erscheint, dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung überlassen werden.

§ 123 wird angenommen.

§ 124 setzt fest, daß Streitigkeiten wegen der Beiträge von der unteren Verwaltungsbehörde bzw. von dem Vorsitzenden der Rentenstelle entschieden werden sollen.

Stabthagen (SD) beantragt, daß sie vor den Gewerbegerichten entschieden werden sollen, da sie meistens mit Lohnstreitigkeiten verbunden sind.

§ 124 wird, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, angenommen, ebenso die folgenden bis § 127 incl.

§ 128 setzt fest, daß Verfügungen der Duitungsarten durch die Kontrolle ausübenden Organe erfolgen sollen.

Stabthagen (SD) beantragt, daß dieselbe Bestimmung auch für die Erneuerung der Duitungsarten gelten solle.

§ 128 wird, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, angenommen.

Bei § 129, welcher die Vermögensverwaltung behandelt, wünscht

von Salisch (R.), daß die Anfallenden Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen hergeben sollen.

Siehe (C.) ist nicht dabei.

Die §§ 129 und 130 werden angenommen.

Die §§ 130a-130e sind von der Kommission neu eingefügt und behandeln die Schutzvorschriften.

Fischbeck (FSp.) beantragt Streichung dieses Paragraphen.

Die Einfügung von Schutzvorschriften sei unvereinbar mit dem ganzen Gesetze.

Singer (SD) bittet dringend um Annahme dieser Bestimmungen. Wie Herr Fischbeck mit seiner Auffassung in dem internationalen Komitee für Arbeiterschutz sagen kann, ist mir unbegreiflich. (Sehr gut!) Die Verweigerung von Schutzvorschriften für Leben und Gesundheit der Arbeiter steht doch im Widerspruch zu den elementarsten Forderungen jedes Arbeiterschutzes überhaupt. Die Gründe des Herrn Fischbeck führen in ihrer Konsequenz zur Proklamierung des Grundgesetzes: der Unternehmerklasse darf unheimlich schnell die Gesundheit der Arbeiter ruinieren, ohne daß die Gesetzgebung das Recht hat, etwas dagegen zu thun. Bezeichnend ist, daß §. Fischbeck da mit der Rechte zusammengeht. Die Herzen der Rechte verlangen mit großer Begeisterung Schutzvorschriften für die Gesundheit des Viehs; zu Schutzmaßnahmen für Menschen können sie sich nicht aufschwingen. Herr Fischbeck ist auch besonders anmaßlich darüber, daß wir nicht auch für Strafbestimmungen für Arbeiter, die den Vorschriften der Invalidenversicherung nicht nachkommen, Sorge getragen haben. Wir hatten eben das volle Vertrauen zu den Freunden des Herrn Fischbeck, daß sie das schon nachholen werden. (Sehr gut!) Herr Fischbeck vergißt in seinem Eifer gegen Schutzvorschriften gänzlich, daß es sich nicht um Bestimmungen von Werkstätten und Betrieben, deren Notwendigkeit gar keinem Zweifel unterliegen kann: Ofenfabriken, Räume, wo Metalle geätzt werden, solche, in denen giftige Gase ausströmen, rechnen wir zu dieser Kategorie: In der Presse hat sich eine eifrige Agitation gegen die Schutzbestimmungen geregt; voran natürlich die Schwarz-macherpresse, von der „Foh“, wie immer, angeführt. Dem Proteste haben sich die Unternehmerverbände angeschlossen: zu derselben Zeit, da der Tuberkulose-Kongress sich abmühte, Heilmittel gegen die heimtückische Krankheit zu finden, wachen die Unternehmerverbände Front gegen den Versuch, Organe zu schaffen, welche die auf jenem Kongress aufgestellten Grundzüge in's Leben einführen sollen! Besonders ausgezeichnet hat sich der Verband Berliner Metallindustrieller; er hat sich in ausdrücklichen Gegensatz zu den Beschlüssen des Tuberkulose-Kongresses gesetzt; er scheint zu glauben: die beste Beseitigung der Lungenschwindsucht liegt darin, daß die Arbeiter so abgehört werden, daß sie möglichst schnell zu Grabe gehen und dann mit ihnen natürlich auch ihre Lungenschwindsucht.

(Sehr richtig! bei den Soz. Uruhe.) Herr Fischbeck thut so, als ob wir so ganz etwas Neues und Außerordentliches fordern. Die wenig das der Fall ist, sollte gerade ihm klar sein, der ganz besonders von dem Wert der Vorschriften durchdrungen ist, die von den Berufsvereinigungen erlassen werden. Herr Fischbeck giebt sich der dickeren Verleumdung hin, daß durch die Schutzvorschriften die Unternehmungen ruiniert und so die Heine geschädigt wird, welche die goldenen Eier legt. Aber nehmen wir einmal an, eine Versicherungsanstalt unter Leitung eines Mannes vom Schlage des Abg. Köfke — ich meine natürlich den Abg. Köfke — bestünde — wolle solche „ruinierten“ Vorschriften einführen — seien Sie sicher, der Bundesrath läßt sie nicht durch. Zeitungs-nachrichten weihen, man beachtliche, Betriebe, die schon irgend einer Inspektion — etwa von Seiten der Berufsvereinigungen — unterliegen, von der Gewerbeaufsicht zu befreien. Geheimrath von Voebcke schließt mit dem Köfke, aber ich möchte gerne etwas Genaueres erfahren. Der sozialpolitische Kurs der Regierung von 1899 ist ein anderer als der der Regierung von 1890. Dieser größere Verantwortlichkeit hat der Reichstag, für Ausdehnung der Schutzvorschriften einzutreten. Im Grunde liegen die Schutzvorschriften im Interesse des Unternehmertums selbst; aber die Herren wollen aus der Sache wieder einmal eine Machtlage machen; sie wollen, um ihren Lieblingsausdruck zu gebrauchen, Herren im eigenen Hause bleiben. Um so mehr sollten die Parteien im Hause, die sich nicht zu Vertretern der einseitigen Unternehmer-Interessen machen wollen, bereit sein, das Gute anzunehmen, das wir mit unserem Antrag bieten. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Regierung hat gewiß die Absicht, daselbe zu erreichen, was diese Vorschriften wollen, eine andere Frage aber ist, ob diese Vorschläge auch praktisch sind. Es bestehen bereits eine große Menge Gewerbebestimmungen in dieser Hinsicht und es ist nicht gut, diese um eine neue zu vermehren. Der berechnete Aufwand für alle die Uebel ist der Gewerbeaufsichtsbeamten. Welcher ist dieser Aufwand so überlastet, daß eine ganze Reihe seiner Patienten ihm das ganze Jahr nicht zu sehen bekommt (sehr richtig! v. v. Soz.) und deshalb empfiehlt ich Ihnen, in den Einzelangelegenheiten Ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten vermindert wird. (Sehr richtig! rechts.) Uebrigens könnte es durch diese Bestimmungen auch leicht dahin kommen, daß in einzelnen Provinzen die Industrie unter schwereren Produktionsbedingungen arbeitet, wie die konfurrenzfähige in anderen Bezirken und das würde schwere Ungleichheiten erzeugen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte Sie deshalb dringend, den Weg zu gehen, den ich angegeben habe. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Gamp (FSp.): Diese Bestimmung geht viel zu weit. Wir haben ja schon zu meinem Bedauern dem Bundesrath die Ermächtigung erteilt, für gesundheitsgefährliche Betriebe Ausnahmestimmungen zu treffen. Damit ist es aber genug und es bedarf keiner neuen Kontrollvorschriften. Wie glänzend die Verhältnisse auf dem Lande liegen, beweist die Langzeitigkeit der ländlichen Bevölkerung, beweisen andere vielen Altersrenten. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen. (Beifall rechts.)

Richter (FSp.): Der Abg. Singer wirft uns Mangel an sozialem Empfinden vor. Ja, wo war denn 1889 für soziales Empfinden, als die Regierung eine ähnliche Bestimmung beim Zwa-bergesetz vorschlug und die Kommission sie einstimmig ablehnte? (Juraist bei den Sozialdemokraten.) Nicht im Kleinen haben Sie damals nicht die Widerherstellung der Regierung vorlagte verlangt. Alles was heute gesagt wurde über die Beschränkung der Tuberkulose ist, kann gesagt werden für den größeren Gebrauch des § 120 a der Gewerbe-Ordnung, aber hierher gehört es nicht. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Das sind nicht die besten Argie, welche die meisten Mezzete verfahren. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Wir sind nicht verpflichtet, unter dem Titel Arbeiterschutz alle hinzunehmen. Wir wollen doch nicht verstehen, daß uns eine tiefe Kluft zwischen Ihnen (zu den Sozialdemokraten) trennt. Sie wollen die Verstaatlichung der Privatbetriebe, wir wollen die Privatbetriebe erhalten wissen, weil sonst das ganze Wirtschaftsleben verkümmern würde. Wir wollen nicht auf der schiefen Ebene dieser Bestimmungen zum Sozialismus hinabgleiten. Der ganze Begriff der Medizinalpolitik liegt in diesem Antrage. Sie wollen die gesamte Medizinalpolitik auf das Reichsversicherungsamt und die Versicherungsanstalten übertragen. Da erlassen Sie doch lieber die Vorschriften: das Reichsversicherungsamt ist das eigentliche Heilmittel. Während das Reichsversicherungsamt nur eine begrenzende Behörde ist, wollen Sie dem Reichsversicherungsamt in Verbindung mit den Versicherungsanstalten eine solche Macht übertragen, daß alle übrige Gesetzgebung, der Reichstag mit dem allgemeinen Wahlrecht, die sämtlichen Parteien, die Sozialdemokratie einbezogen, überflüssig werden. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen und rechts.) Die beständigen Eingriffe in die Privatbetriebe werden eine Reaktion selbst gegen die notwendigen Eingriffe hervorrufen. Im Interesse der Allgemeinheit und nicht zum wenigsten der Arbeiter selbst bitte ich, die Bestimmung abzulehnen. (Leb. Beifall bei den Freisinnigen und rechts.)

Die folgenden Ausführungen des Abg. v. v. Voebcke (R.) bleiben bei der wachsenden Uruhe des Hauses zum großen Teil unverständlich. Medner protestirt unter dem Beifall seiner Gesinnungsgenossen dagegen, daß irgend eine Partei als arbeitserfindlich bezeichnet werde.

v. Voebcke (R.) erklärt seine Freude darüber, daß er in diesem Falle mit den Freisinnigen zusammengehen könne. Für einen Arbeiterschutz sei er auch, aber für einen solchen innerhalb vernünftiger Grenzen.

Fischbeck (FSp.) polemisiert gegen den Abg. Singer; seine Ausführungen bleiben durchweg unverständlich. Als er auf die Aeußerung des Kaisers über die ostelbischen Arbeiterwohnungen zu sprechen kommt, bittet ihn der Präsident, darauf nicht weiter einzugehen.

Wolkenbühr (SD): Es ist eine alte Taktik, bei allen vorgeschlagenen Reformen zu erklären, ja, im Prinzip sind wir dafür, aber hier ist nicht Ort und Zeit, dieselben einzuführen. Unser Antrag soll bezwecken, die Gewerbeaufsicht wirkungsvoller zu machen, weil jetzt oft die Beamten sich außer Stande erklären, die bestehenden Bestimmungen auszuführen. Natürlich fehlt es heute auch meist an Energie und Entschiedenheit zur Ausführung der bestehenden Bestimmungen, z. B. ist mir bekannt, daß in einer Uruheralle, Seley zum Hohn die Arbeiterinnen gezwungen wurden, bei einer Hitze von 30 Grad Neumann zu arbeiten. Unter allen Umständen muß aber dasa selbhalten werden; die Gesundheit ist ein kostbares Gut, das mit Geld nicht aufgewogen werden kann. Wir sind mit dem Antrag nicht unvermuthet gekommen, sondern haben ihn schon vor 2 Jahren angekündigt. Wenn wir das, was wir hier für die Arbeiter verlangen, zu Gunsten der Thiere forbernten, würden wir keinen solchen Widerspruch erleben. (Große Uruhe, Plausive rechts, Beif. v. v. Soz.)

Auf Antrag des Abg. v. Nordhoff wird die Debatte geschlossen.

Personlich bemerkt Singer (SD), daß er sich mit den Herren vom Freisinn noch in dritter Lesung auseinandersetzen werde.

Verichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Reichstagsverhandlungen ist irrthümlich mitgeteilt, daß die sozialdemokratischen Änderungsanträge zu den §§ 60 und 62 abgelehnt worden seien. Diese beiden Amendements sind vielmehr angenommen worden.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Appetit kommt beim Essen. Wie die „Magd Zeitung“ zuverlässig erfährt, wird dem Reichstag noch ein weiterer Nachtragsetat zugehen, in welchem nicht nur die Entschädigung für den Erwerb der Süddeutschen Inseln, sondern auch eine Passivsumme für die Verwaltung der Inseln enthalten ist. — Also außer den 16 1/2 Millionen, welche Spanien einheimt, schon eine zweite Forderung. Und sie wird die letzte nicht sein!

Einem Massenprotest gegen die Zuchthausvorlage erhob Mittwoch Abend die gesammte Arbeiterklasse Protest in neunzehn Versammlungen. In Schaarre stürzten die Arbeiter herbei, wissen sie doch, daß einer ihrer wichtigsten Grundrechte auf dem Spiele steht. Die Versammlungen gestalteten sich zu einer imposanten Kundgebung gegen das arbeitserfindliche Vorhaben der Regierung. Sie waren für 8 Uhr anberaumt, aber schon lange vorher waren die Lokale überfüllt, so daß ein Theil bald nach Eröffnung polizeilich abgesperrt wurde. Den sämtlichen Versammlungen lag folgende Resolution vor, die überall einstimmig angenommen wurde:

Die heutige Volksversammlung erklärt: Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse, den die Regierungen dem Reichstag unterbreiteten, ist ein Produkt trübseligen Massenverurtheils und ein Attentat auf das Koalitionsrecht.

Die Erhebung dieses Entwurfs zum Gesetz würde das Koalitions- und Vereinsrecht der gewerblichen Arbeiter, die schon genügend durch die Handhabung der bezüglichen Bestimmungen durch Polizeigewalt und Gerichte auf's Aeußerste beschränkt sind, vollständig vernichten.

Der Gesetzesentwurf zeigt auf's Neue, daß wir in einem Klassenstaate leben, in dem die Gewalt den Reichen, die weder den Willen noch die Fähigkeit besitzen, dem Arbeiter diejenigen Rechte zu gewähren, die er besitzen muß, um für seine Arbeitskraft den Preis zu erzwingen, den die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und die Höhe der Unternehmerprofite ermbilichen.

Während die Unternehmerklasse in Klagen, Trübsal, Verkaufsgenossenschaften und Berufsorganisationen verbunden ist und mit Hilfe dieser Organisationen, unbehelligt von der Staatsgewalt und begünstigt durch eine nie dagewesene Propagandepolitik, dem Publikum für ihre Waaren die höchsten Preise abdrückt und in Folge dessen enorme Profite einheimt, ist es der Arbeiterklasse schon seit Jahren des Staats wie der Unternehmerklasse fast unmöglich gemacht worden, auf eine entsprechende Erhöhung der Löhne hinzuwirken und an den Resultaten der allgemeinen Prosperität entsprechenden Antheil zu nehmen.

Diese berechnete Selbsthilfe der Arbeiterklasse einstig noch mehr als bisher unmöglich zu machen ist die unabweisliche Folge der Vorlage, wie Schlagend der Satz der Begründung beweist, in dem es heißt: „daß es sich gerade bei den Arbeitswilligen um ruhige, in die Staats- und Rechtsordnung sich schickende, für den Staat besonders nützliche Elemente handelt, welche in ihren mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zu schätzen, eine wichtige und dringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist.“

Hiernach wird es für eine Aufgabe des Staates erklärt, der Unternehmerklasse gefällige und billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, ja ihr ein Recht auf solche einzuräumen. Es erscheint also für die bürgerliche Gesellschaft wohlthätiger und förderlicher, Millionen zu züchten, die Klassengegensätze zu verschärfen und den Klassenhaß der Unterdrückten und Ausgebeuteten zur Blüthe anzufachen, als dafür einzutreten, daß Millionen Arbeiter unter möglichst menschenwürdigen Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, durch die ihre und ihrer Angehörigen Konsumfähigkeit erhöht und ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden gefördert werden.

Die Versammlung protestirt auf das allerentschiedenste gegen diese Vorlage und verlangt, daß nicht nur keine Beschränkung, sondern eine Erweiterung der Koalitionsfreiheit eintrete und diese insbesondere auch den ländlichen Arbeitern gewährt wird, daß ferner die gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen und volle Versammlungs- und Vereinsfreiheit verwirklicht wird.

Schließlich verlangt die Versammlung, daß endlich der Reichsanwalt Herr v. Hohenthohe sein bereits vor zwei Jahren im Reichstag gegebenes Versprechen in Bezug auf den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes einlöse.

Auch andere Parteien und die der Sozialdemokratie fernstehenden Arbeiterorganisationen beginnen die Agitation gegen den Entwurf. So sagte bereits am Dienstag Abend im Handwerkeraal in Berlin eine von den Nationalsozialen einberufene, zum weitaus größten Theil aber von unseren Parteigenossen besuchte Versammlung, in der Pfarrer Naumann gegen das Zuchthausgesetz sprach. In der Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter IV (Hirsch-Duender) wurde eine Resolution, die sich energisch gegen die Vorlage ausspricht, einstimmig angenommen.

Zu Gunsten der Zuchthausvorlage hat sich der Innungsverband deutscher Bauwerksmeister ausgesprochen. Er erklärt, die Koalitionsfreiheit werde durch das Gesetz nicht angetastet, es handle sich „eigentlich“ nur um eine bessere Fassung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. — Eine andere Stellungnahme hat wohl von dem unter dem Einfluß des konservativen Abgeordneten Felisch stehenden Unternehmer-Verbande Niemand erwartet.

Vom deutsch-polnischen Versöhnungs-Kriegsschauplatz. In einer Volksschule in Oberschlesien sind die Kinder aufgefordert worden, von der Schultafel ein „Versprechen“ und ein „Gebet“ abzuschreiben, die wie folgt lauteten:

Versprechen. Wir geloben, von nun an untereinander nur deutsch zu sprechen. Wer das Ver-

sprechen nicht hält, ist ein Schuft und muß bestraft werden.

Gebet. Von den Menschen, die uns im Deutschen hinderlich sind, beschütze und behüte uns, o Gott, wir bitten Dich. Sie schaden uns im irdischen Leben und werden uns in der Noth keinen Vorrath geben. Wir aber wollen kein böses Deutsches Lehren und auf unsere Feinde gar nicht hören.

Die Erfolge dieser Methode werden gewiß nicht ausbleiben.

Kleine politische Nachrichten. Die Budgetkommission des Reichstages berieht Donnerstag den Nachtrags-Etat und bewilligte die erste Rate von 200.000 Mk. für die deutsche Südpolexpedition, sowie die Nachforderung von 359.000 Mark für die Verteilung des Reichslands an der Westküste von Paris. Die Kommission genehmigte ferner 120.000 Mark für die elektrische Lichtstation des Reichstagsgebäudes, 20.000 Mark für die römisch-germanische Alterthumsforschung beim Archäologischen Institut unter Abrechnung der geplanten Sonderzentrale für solche Forschungen. Abgelehnt wurden 100.000 Mk. als 1. Rate für den Bau des Generalkommandos des III. Armeekorps in Berlin; für den Entwurf wurden 15.000 Mk. bewilligt. Der Reichstag hat den Antrag, die Ordensstellen zu streichen, mit nur einer Stimme abgelehnt. Der Deutsche Reichstag, der Mittwoch in Dresden zusammentrat, nahm mit einer ziemlich scharfen Begründung einstimmig folgenden Antrag an: der geschäftsführende Ausschuss wird beauftragt, beim Kriegeministerium dahin vorzutragen, daß die Vergabe der Sätze für Wahlveranstaltungen, gleichviel ob welche politische Parteien, nicht zum Ausgangspunkte für militärische Vorhaben gemacht werden. Sultan Abdul Hamid soll bedenklich erkrankt sein. Bei der Verlesung des Ausschussberichts über die Vorgänge bei der Verwältung von London nahm das Unterhaus mit 196 gegen 161 Stimmen einen Antrag Courtiens an, der für die Wahlbarkeit zu Grafschaftsräten oder Abgeordneten vertritt. Der spanische Minister rath nahm den Entwurf des mit Deutschland abgeschlossenen Vertrags betreffend die Abtretung der Karolinen, Palau und Marianen Inseln zur Kenntnis. Der Ministerpräsident Saverio Deledda theilte mit, er werde einen Ankauf der Provinz die lehrerhaften Berichten der Behörden von Barcelona bezüglich der Revolution des Prozesses der in Montjuich inhaftierten Anarchisten zugehen lassen. Zum Zweck der Freilassung der spanischen Gefangenen auf den Philippinen sind neue Verhandlungen eingeleitet worden. In Rom sind Nachrichten aus Peru eingetroffen, wonach dort die Indianerbanden grandios wüthen sollen. 6000 Mann stark, überfielen die Städte und Dörfer und regelten die Bewohner unter grausamen Martern nieder.

Frankreich.

Pariser Allerlei. Graf Christiani, einer der Norddeutschen, erschien bereits am nächsten Dienstag vor der Strafkammer wegen thätlichen Vergehens gegen einen Staatsbeamten in Ausübung seines Amtes. Der Rest der Angeklagten soll vor das gewöhnliche Polizeigericht kommen. — Der Minister rath beschloß, das „Journal du Peuple“ gerichtlich zu verfolgen wegen eines gemachten in demselben erschienenen Artikels, welcher die Soldaten zum Ungehorsam aufreizt. — Der General rath nahm einstimmig eine Tagesordnung an, worin gegen die Vorgänge in Auteuil Protest erhoben und Vertrauen zu dem Präsidenten Douhet ausgesprochen wird. — Der „Figaro“ veröffentlicht ein Kassuier der eigenhändigen Erklärung Esterhazy's, worin dieser bekräftigt, das Vorderan geschrieben zu haben. — Die Waives einiger Dichterschafter der Departements Seine und Loire leisteten sich das Vergnügen, daß sie sich dem Anschlag des Revisionstrichters widersetzen. „Libre Parole“ kündigt eine Untersuchung gegen Leon und Mathieu Dreyfus in einer Gelegenheit des Obersten Cordier an. Es handelt sich um eine Grenzanklung. — Dem „Journal“ zufolge ist im Justizpalast nachdrücklich von einer Verfolgung Beaurepaires die Rede. Die Regierung soll beabsichtigen, vor dem Obersten Douhet Klage zu führen. — Zur Verhütung weiterer Demoralisation in der Rechtspflege und in der Armee werden eine Reihe von Maßregeln geplant. Der Justizminister Lebreton wird an die General-Prokuratoren ein Rundschreiben richten, in welchem er sie auffordert, Maßregeln zu ergreifen, um der Wiederkehr solcher Zwischenfälle vorzubeugen, wie sie im Verlauf der Schwurgerichtsverhandlung gegen Deroude und Habert vorliefen. Die General-Prokuratoren sollen künftighin keinerlei Kundgebung zulassen. — Der Kriegsminister Krantz forderte den General Jurkindsen auf, ein Untersuchungsgericht einzuberufen, welches die Frage prüfen soll, ob es möglich sei, die Dienstentlassung des Deputirten Lassie in seiner Eigenschaft als Offizier der Kavallerie der Territorialarmee auszusprechen, weil Lassie am Dienstag in der „Libre Parole“ einen von ihm verfaßten, Krantz heftigsten Artikel veröffentlicht hatte. — Dem „Siècle“ zufolge hätten die Delegirten der parlamentarischen Gruppen in einer Unterredung mit Dupuy entschieden verlangt, daß die Generale Jurkindsen und Hervé, der Generalprokurator Bertrand und der Prokurator Feuilloy von ihren Posten entfernt würden. Dupuy's Antwort hätte im Allgemeinen unbestimmt gelautet; bezüglich Jurkindsen hätte er erklärt, daß dieser auf seinem jetzigen Posten verbleiben werde. — Da für nächsten Sonntag auf der Rennbahn in Longchamps eine Wiederkehr ähnlicher Vorgänge wie in Auteuil befürchtet wird, hat die Kammergruppe der nationalen Vertheidigung an die Regierung die Frage gestellt, welche Maßregel diese zu treffen gedenke, um bei Kundgebungen, die am Sonntag bei dem Rennen in Longchamps erfolgen könnten, die Ordnung zu sichern; in der Anfrage wird auf die Artikel gewisser Blätter hingewiesen, die geradezu zum Bürgerkrieg aufforderten. Auch die Liga der Menschen- und Bürgerrechte hat ihren Absichten über die Vorkommnisse in Auteuil ausgesprochen. Die republikanische Bevölkerung von Paris werde nächsten Sonntag Gelegenheit haben, in ihren Weisheits-Bezeugungen die Rufe der „Ritter des Müßiggangs“ zu erschallen. „Die Zeit ist da, den Skan-

dalen, welche schon zu lange gebauert haben und die französische Demokratie in der Person ihres Erwählten beleidigen, ein Ende zu machen.“ — Dem „Echo de Paris“ zufolge ist der Chef des Marineministeriums in Brest, Admiral Barrera, nach Paris gereist, um sich mit der Regierung wegen der Landung Dreyfus' zu besprechen. — Wie dasselbe Blatt meldet, ist General Pellieux bereits einmal verhaftet worden. General Pellieux habe hierbei kein General Exposé zu seiner Rechtfertigung Erklärungen abgegeben, welche er durch Vorlegung von Schriftstücken unterstützte. Das Blatt sagt weiter, die Untersuchung gegen Pellieux werde sehr schnell geführt, und meint, derselbe werde ehrenvoll aus ihr hervorgehen.

Von Dreyfus. Dreyfus und Coganne zufolge sind alle Bemühungen, Dreyfus zu sprechen, vergeblich gewesen, da er von einem Gendarmen-Hauptmann und vier Gendarmen streng bewacht wurde. Seine Gesundheit soll indessen gut sein, wenn er auch erschöpft ist.

Picquart. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird General Jurkindsen der Freilassung Picquart's, die am Freitag, heute, seitens der Anklagekammer erfolgen wird, kein Hinderniß in den Weg legen. — „Weltblau“ bespricht den Fall Picquart und kommt zu dem Schlusse, daß Picquart in jedem Falle in Freiheit gesetzt werden wird. Die Anklagekammer wird entweder beschließen, daß die Anklage unbegründet ist, oder sie wird eine ergänzende Untersuchung einleiten.

Geschwindigkeit Esterhazy's. Die Erste Kammer des Zivilgerichtshofes des Seinedepartements erkannte Donnerstag, in der Geschwindigkeit Esterhazy's auf Trennung der Ehe und erklärte den Grafen für den allein schuldigen Theil.

In Lyon kam am Mittwoch Abend in Folge der Zwischenfälle in Auteuil zu Kundgebungen und Zusammenstößen. Die Polizei schritt ein und nahm gegen 15 Verhaftungen vor.

Russland.

Der russische „Friedensgar“, in dessen Landen seine Schergen in einer Weise wüthen, daß der Unfrieden alle Kreise ergreift, hat beschlossen, wegen der Studenten- und Studenten der höheren Lehranstalten eine „Kaiserliche Unzufriedenheit“ darüber auszubreiten, „daß sie es nicht verstanden haben, die erforderliche Autorität und moralischen Einfluß auf die ihnen anvertraute Jugend auszuüben, und von Beginn der Unruhen an nicht mit der erforderlichen Festigkeit und Einmüthigkeit die Jugend, welche sich hinreißen ließ, auf das Wesen ihres Vorgehens, sowie die Grenzen ihrer Rechte und Pflichten aufmerksam gemacht haben.“ Das Verhalten der Studenten erklärt der Jar für unentschuldigbar und deshalb soll gegen sie nicht mehr Milde — man verleihe russische Milde! — walten, sondern die Wirren sollen durch strenge Regierungsmassnahmen unterdrückt werden. Nachsicht soll nur gegen diejenigen gelibt werden, „deren Schuld dadurch gemildert erscheint, daß sie sich durch die allgemeine Bewegung haben hinreißen lassen.“ — Das ist die alte russische Methode, die aber heute bereits anfängt zu versagen. Was man auch die verhältnismäßig kleine Zahl der Studierenden niederzwingen; die in Fluß kommende russische Arbeiterbewegung wird auch der russische Despotismus nicht besiegen.

Samos.

Aus Apia sind Privatnachrichten eingegangen, welche besagen:

Das „Königthum“ wird zweifellos im Einvernehmen der drei Mächte abgetheilt; Wataafa wird Chef eines großen Distrikts und erhält eine beträchtliche Subvention. Malletoa-Taanu erhält die gleiche Behandlung. Man schätzt die erforderlichen, auch für Entschädigungen auszuführenden Summen auf eine Viertelmillion Dollars. Der englische Konsul Marje geht am 17. d. M. nach London ab, der deutsche Konsul Dr. Hofe reist ebenfalls in diesem Monat ab. Alle richterlichen Beamten werden neu ernannten Beamten weichen. Vorläufig ist ein provisorisches Komitee eingesetzt, welches die Gemeinderathswahlen leitet. Wataafa und seine 13 Ehefrauen, welche über 2000 Wäcker verfügen, sind mit dem neuen Arrangement zufrieden und wollen der künftigen Regierung ihre Waffen verkaufen. Die deutschen Nachbargewässrigen Sasuagel und Marquardt, die auf Schiffen der englischen Behörden an Bord des deutschen Kriegsschiffes in Haft gehalten wurden, sind nach der Ankunft der Kommission in Freiheit gesetzt worden.

Lübeck und Nachbargebiete.

9. Juni.

Achtung, Lastarbeit! Vergesst nicht, daß morgen, Sonnabend, Abend die erste Mitgliederversammlung Eurer neugegründeten Sektion im Vereinshaus, Johannisstr. 50, stattfindet.

Aus dem Barbiergewerbe. Gewisse Ereignisse der letzten Zeit haben die Aufmerksamkeit des Publikums auf das Barbierhandwerk gelenkt. Die Angehörigen dieses Berufes haben sich bekanntlich zu einer Zwangs-Innung zusammengethan, in der es recht heiter herzugehen scheint. Zunächst ist eine Erhöhung des Mindestpreises für Haarschneiden beschlossen worden, eine Anzahl Meister jedoch weigert sich, laut öffentlich abgegebenen Erklärung, mitzumachen. Bestehen sie darauf, so ist die Innung nicht im Stande, sie zu zwingen, denn § 100 q des Handwerker-Gesetzes besagt ausdrücklich, daß die Innung ihren Mitgliedern weder in der Festsetzung der Preise ihrer Waaren oder Leistungen, noch in der Annahme der Kunden Beschränkungen auferlegen darf. Nun wird uns ja Jedermann zustimmen, wenn wir sagen, daß es den Barbieren so gut, wie allen anderen Geschäftsleuten, nicht zu verargen ist, wenn sie ihre Existenz zu verbessern

suchen, und den kleinen Ausschlag würde sicher das Publikum willig zahlen; allein, die Sache hat denn doch einen Haken. Die Herren Barbier, welche, kaum warm geworden im Zwang, so rasch an die Verbesserung ihrer Lage gedacht haben, hätten auslandsdualer auch ihre Arbeiter, ihre Gehilfen und Lehrlinge nicht vergessen sollen. Denen thut's größer nöthig, gesehen ist aber, soviel wir wissen, in dieser Hinsicht bisher noch nichts. Dabei sind die Löhne der Gehilfen geradezu jämmerlich. Das Kost- und Logiswesen herrscht unumschränkt und zeitig die üblichen Folgeerscheinungen. Wochensöhne von 4 Mk. sind nicht selten. Das Trinkgeldwesen ist dabei unausbleiblich. Unter diesen Umständen haben die Arbeiter wohl Ursache, das an sich berechnigte Streben der Barbier mit Mißtrauen zu betrachten und eine Aufbesserung der Gehilfenlöhne zu verlangen. Wir erwarten, daß die Innung in dieser Beziehung bald von sich hören lassen wird. Nebenbei wird es Sache der Gehilfen sein, durch Organisation ihr Loos zu ändern. Was weiter die frühere Schließung der Geschäfte anlangt, so kann sie als eine vernünftige Maßregel nur mit Genugthuung beglückt werden. Wer dieserhalb einmal am Sonntag mit einem Stoppelbart laufen muß, staubt daran noch lange nicht. Interessant ist übrigens, daß die Innung strenge Kontrolle bezüglich des Ladenschlusses übt. Wir halten das für eine ebenso berechnigte Maßregel, wie etwa das Streikpostenwesen, rathen aber den Meistern Vorsicht an. Der Staatsanwalt läßt nicht mit sich spaßen und der grobe Ungehorsamparagraph schließt durchaus nicht.

Ueber die Aussperrung der dänischen Arbeiter lassen die „Lüb. Anz.“ eine giftige Epistel los zu Gunsten der terroristischen Fabrikanten. Das ist gleichbedeutend mit 100 Kronen aus Lübeck mehr für unsere dänischen Freunde. Einen besseren Ansporn kennen die hiesigen Arbeiter gar nicht. Ebenso, wie sie doppelt fest zur Sozialdemokratie halten, wenn nationalliberale Herren wider besseres Wissen von Bebel als von dem „Eigentümer des Herrenhauses am Riecher See“ reden, Schimpfen und Verläumben sind Waffen, die gegen die Lübecker Sozialdemokratie nichts auszurichten vermögen.

Der Bürgerrechts-Verein stellt heute Abend seine Kandidaten zur Wählerwahl auf.

Der Arbeiter-Maschinen-Verein feiert am Sonntag im „Concordia-Garten“ das Fest der Bannerweihe. Es werden etwa 300 rabelnde Theilnehmer von auswärts erwartet. Der Verein, welcher bei mancher Gelegenheit der Allgemeinheit schon gute Dienste geleistet hat, darf auf starken Besuch rechnen. Die Festrede wird von dem Reichstags-Abgeordneten Genossen Th. Schwarz gehalten. Möge auch das Wetter zum guten Verlaufe der Feiertagen beitragen!

Wie Nationalliberale — Vertreter von „Bildung“ und Weisheit — über die Schule denken, zeigt an einem unbedeutenden, aber lehrreichen Beispiel ihr Lübecker Parteigänger. Wir lesen da folgenden Satz:

„Mancher, der sich fürchterlich entrüstet, wenn ein Kind in der Schule im Zorne einmal ein paar Dreieigen kriegt, würde gewiß anders urtheilen, wenn er selbst einmal genöthigt wäre, vor 80 bis 100 vielfach recht ungezogenen Rangen unangesehnt die heitere Ruhe eines kultusministeriellen Musterpädagoggen zu bewahren.“

Also, ein liberales Blatt stößt sich durchaus nicht daran, wenn einmal ein überlasteter Lehrer sich gegen die einfachsten pädagogischen Regeln vergeht, statt sich an der ungeheuerlichen Thatsache zu stoßen, daß es im Kulturlande Deutschland zum Alltäglichen gehört, daß ein Lehrer 70—100 Schüler in einer Klasse „unterrichtet“ muß. Das ist wirklich interessant! Unter sothanan Umständen ist es kein Wunder, wenn die Lübecker Volksschulverhältnisse gerade in dieser Hinsicht so sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Die öffentliche Karteausstellung tagte am Mittwoch Abend im Vereinshaus. Bei der Abrechnung der Unterstützung der Maiausgesperrten ergab sich eine Ausgabe für die nichtorganisirten Arbeiter von 767,30 Mark. Eingegangene Flugblätter des Verbandes der Handels-Transport- und Verkehrsarbeiter wurden den Delegirten zur Verbreitung übergeben und eine öffentliche Versammlung für die Angehörigen der selbigen Branche am Montag, den 12. d. Mts. bei Becke anberaumt, wo Gen. Schumann-Berlin referiren wird. Es wurde ferner beschlossen, auch in diesem Sommer einen Gewerkschaftsausflug zu veranstalten und hierzu ein Komitee gewählt, welches die nöthigen Vorarbeiten zu machen hat. Der Ausflug wird voraussichtlich am zweiten Sonntag des August stattfinden.

Der Schweinebau des Amtsblattes ärgert sich, daß Bebel die Carolinen — die „Lumperei“, um mit Bismarck zu reden — nicht als eine kostbare Perle gepriesen hat. Nun, Bebel ist weder Mitglied des „Alldeutschen“ Verbandes noch Angehöriger der Lübecker Handelskammer.

Zur Tagesordnung der nächsten Bürgerrechts-Versammlung. Die Herstellung eines elektrischen Kabels in der Wahrenstraße, Balauerjohr und Hülstraße wird beantragt, nachdem die Tischlermeister Thießen und Rosenqist diesbezügliche Wünsche geäußert und ausreichende Garantie für Verzinsung der Anlage geboten. Bezüglich der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Revision des Grund- und Gebäudesteuer-Gesetzes ist zu wiederholen, daß die Mehraufbringung von 200.000 Mark beabsichtigt wird. Die amtliche Begründung verweist übrigens auch mahndend auf das nach Fertigstellung des Kanals zu präsentirende Steuertrio: Luftscharkeitssteuer, Hundsteuer und Gebäudesteuer.

Die vorübergehende Beschäftigung nicht richterlicher Rechts-
gelehrter als Hilfsrichter wird motiviert mit der
Überlastung des Amtsgerichtes.

Polenjagd betreibt zur Abwechslung das Amtsblatt.
Vor dem 1. April ging es bekanntlich täglich gegen die
Dänen.

Arbeitererflos. Auf dem Dampfer „Africa“ erlitt
gestern Abend infolge Anklippens eines eisernen Trägers
der Schauer mann Vorkarbeiter Hartleben einen Einleit-
bruch. Dr. Adler legte ihm einen Nothverband an,
worin der Verletzte in seine Wohnung befördert wurde.

Der Vierte. In Travemünde wurde bei der
Bürgerchaftswahl der bisherige Vertreter, Herr Meindke,
wiedergewählt.

Stadelsdorf. Die Wegeschau wird am Sonn-

abend, den 10. d. Mts., Vormittags abgehalten — Mit
dem Bau der Volksschule in Ravensbusch
ist nunmehr begonnen worden. — Der bisherige
Gemeindevorsteher, Herr Bruhn, hat zum
1. August gekündigt. Zu seinem Nachfolger soll Herr
Schopf in Aussicht genommen sein. Die Wahl dürfte
am Dienstag stattfinden.

Enten. Die Versammlung des sozialdemokrati-
schen Vereins findet Umstände halber schon am Sonn-
abend, den 10. d. Mts., Abends 8 Uhr statt. Das Er-
scheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Die
Genossen werden gebeten, rege dafür zu agitieren.

Wolzenburg. Durch Hochwasser sind zum
zweiten Male schon in diesem Jahre die Elbanwohner
arg bedrängt. Erst jetzt beginnt das Wasser zu fallen.

Quittung.

Für die an gesperrten Dänen gingen ein:	
Bisher quittiert	567,70 Mk.
Mauerer Eberds	150,00 „
Waler	50,00 „
Summa 767,70 Mk.	
Davon bisher abgeliefert	
in drei Raten	453,40 Mk.
Am 8. Juni 200 Kronen gleich	226,70 „
880,10 Mk.	
Reicht Bestand 87,00 Mk.	
Weitere Gelder nimmt entgegen:	
Redaktion des „Lübecker Volksboten“ Johannisstraße 59.	

Für den Inhalt der Inserate übernimmt
die Redaktion dem Publikum gegenüber
durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen
Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten
inserieren, zu berücksichtigen und bei event.
Ankäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gesucht zum 1. Oct. eine Wohnung für ruhige
Leute mit 2 Kindern in der Stadt o.
vorin Thor 1. Nr. von 120—150 M. Offerten
unter L 30 an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein noch guter, Sommer-
und Winterpaletot, ein Papageibauer, ein
alterthümlicher Koffer. Zu erfragen
Marlesgrube 55/6.

Ein kleines Haus mit 12 Ruthen Land ist
zum 1. October billig zu
verkaufen. Zu erfragen
Motzinger Allee 59 a.

Zu verk. kleines Haus mit gr. Stall
und Garten, Nähe Burghor. Forderung 5000 M.
August Dose, Schußstraße 4 a.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Dorne-
straße 27 eine

Colonial- u. Fettwaren-
Handlung zc.

und bitte ein geehrt. Publikum um gütigen Zu-
spruch, indem ich gute Waaren zu billigen Preisen
verspreche. Hochachtungsvoll

Christine Lüders Wwe.

Lübeck, den 9. Juni 1899.

Täglich frisch geräucherter
Aale.

Fischräucherei Dornestrasse 17 a.

Ganz vorzüglichen

Tilsiter Käse

à Pfd. 40, 60 und 80 Pfg.

H. Bannow, J. J. Maass Nachf.
Finkenbagen 32.

Durch Zufall

einen Posten

fetten Landspeck

per Pfund 30 Pfg.

Butter-Handlung „Zum Stern“
Breitestr. 38. Lübeck. Breitestr. 38.

Schweizer Käse, thranen-
reich, Pfd. 60 Pf.

Marsch-Käse

vifant und fett, Pfd. 30 Pf.

Tilsiter Vollfett

Pfd. 60 Pfg.

Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Nach neuester Methode

geröstete Caffee's

per Pfd. 80, 100, 120, 140 und 160 Pfg.

alle Sorten

hervorragend im Geschmack

empfehlen stets frisch

Ferd. Schreiber

20 Langer Lohberg 20.

Der Wahre Jacob

No. 12

prächtig illustriert

ist soeben erschienen.

Preis 10 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Total-Pluvverkauf! Wegen Verlegung des Geschäfts
verkaufe Sonnen- und Regenschirme mit 10 pCt. Rabatt.



H. Stoppelman, Schirmfabrik, Hürstraße 30.

Vorzügliche Caffee's von 0,80 bis 1,60 Mk. empfiehlt Gustav Gilde
Markstraße 26, Ecke Teichstr.

Allerfeinste Meierei-Gras-Butter Pfd. 100 Pfg.

Allerfeinste Hof-Butter Pfd. 90 Pfg.

Allerfeinste Bauern-Butter Pfd. 85 Pfg.

Prima landgeräucherter Schinken Pfd. 80 Pfg.

Prima Tilsiter Fettkäse Pfd. 60 Pfg.

Sonntags-Ruhe wird gratis verthollt.

Breitestr. 60a C. Harz Sandstraße 27

Öffentliche Versammlung

sämmtlicher Handels-, Transport- u.
Verkehrsarbeiter Lübecks u. Umgeg.

(umfassend: Straßenbahnangestellte, Droschkentreiber, Dienstmänner, Hausdiener,
Kofferträger, Koll- und Blockarbeiter)

am Montag den 12. Juni, Abends 9 Uhr,

im Lokale des Herrn Lecke, Lederstraße 3.

Tages-Ordnung:

Zweck und Nutzen einer Organisation der Handels-, Transport-
und Verkehrsarbeiter; eventuell Gründung einer Zahlstelle.

Referent: Herr O. Schumann-Berlin.

Um eine recht rege Betheiligung ersucht der Einberufer.

Einladung zum

Sommerversnügen der Bauarbeiter

Lübeck

am Sonntag den 11. Juni

im Gesellschaftshaus Adlershorst.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr Morgens. Eintritt 50 Pfg., Damen frei.

Das Comité.

NB. Bei günstiger Witterung von 4—6 Uhr CONCERT im Garten.

C. Krapp

ob. Wahnstr. 6.

Fernsprecher 610. Fernsprecher 610.

Caffee-Specialhandlung.

Meine auf das Sorgfältigste ausprobierten
Caffees, kräftig und rein schmeckend, schon
von 70 Pfg. per Pfund an, sowie die
feinsten Sorten bis zu 1,60 Mk. per
Pfund. Sämmtliche nur denkbarsten Caffee-
surrogate. Caffee-mahlen mit elektrischem
Betrieb.

Eine Lebensrente

kann sich Derjenige sichern, welcher für eine Deutsche
Feuerversicherung-Gesellschaft 1. Ranges bei hohen
Prämien unter Geschäftsmittler thätig sein will.
Offerten an P. K. an die Exped. d. Bl.

Durch Zufall.

Geräuch. Vorderhinken

(Laudrauch), Pfund 45 Pfg.

Mageren Speck Pfd. 55 Pfg.

Fetten Speck

(Laudrauch), Pfund 55 und 60 Pfg.

Meierei-Gras-Butter

Pfund 95 und 100 Pfg.

Hochfeine Hofbutter

Pfund 90 Pfg.

Van den Bergh's Margarine

Pfund 45, 50, 55, 60, 70 Pfg.,

bei Abnahme von größeren Quantitäten billiger.

Holstenstr. 6. August Holst.

Wer leibt einem jungen Manne 2—300 Mk.
auf monatliche Abzahlung? Off.
unter D 54 an die Exped. d. Bl.

Photographie.

Billiger wie jede Concurrenz!

Meine Preise sind von heute ab:

Visit-Bilder das Dtzd. 4,50 Mk.

Cab.-Bilder das Dtzd. 12 Mk.

Familien-, sowie Vereins-Gruppenbilder
in tadelloser Ausführung zu ganz enorm
billigen Preisen.

M. Heber

Photograph. Atelier

— Klingenberg 89. —

Empfehle:

Prima jr. dänisches
Rindfleisch
sowie hiesiges Kalb- und
Schweinefleisch Sonnabend Morgen und Abend
in der Markthalle, Stand 81 u. 85. F. Block.

J. C. H. Boy

Telephon 115.

Markthallen-Stand No. 46—47.

Eingang Breitestraße links.

Freitags, Sonnabends, Mittwochs

frisch eintreffend:

Feinste echte Seezungen

Pfd. 80 Pfg.

Rothzungen Pfd. 50 Pfg.

Kleis Pfd. 40 Pfg.

Steinbutt Pfd. 60 Pfg.

Tafelzander Pfd. 75 Pfg.

Schellfisch Pfd. 25 Pfg.

Brachsen Pfd. 50—60 Pfg.

Lebende Aale und Schleie.

Sonnabend Morgen

Schollen Pfund 40 Pfg.

Feinste Fischcarbonade

Pfund 50 Pfg.

Section der Klempner.

(Deutscher Metallarbeiter-Verband.)

Ausserordentliche Versammlung

am Dienstag den 13. Juni

Abends 8 1/2 Uhr

bei F. Lecke, Lederstraße 3.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Postadirearbeiter!

Mitglieder-

Versammlung

am Sonnabend den 10. Juni

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Regelung innerer Vereinsangelegenheiten.

Um Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Tivoli-Theater.

Sonnabend den 10. Juni 1899:

Erste große Schüler-Vorstellung.

Der Verschwender.

Preise: Loge und Parquet 50 Pfg., 1. Platz

30 Pfg., Parterre 20 Pfg. Für Erwachsene

dieselben Preise.

Cassensöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Sonntag: Fuhrmann Henschel.

Ausstattungsposse mit Gesang in 4 Bildern.

Die Scharfmacher als Erzieher.

Als 1890 die Regierung mit der Gewerbenovelle den ersten Vorstoß zur Verschlechterung des Koalitionsrechtes versuchte, wurde der neue § 153, dieses von Herrn v. Berlepsch so warm verteidigte Monstrum, abgelehnt. In dem von dem Zentrumabgeordneten Hise erstatteten Berichte der VIII. Kommission liest man in der Darstellung der Debatten (S. 111) u. a.:

„Bei der Formlosigkeit des Arbeiterverkehrs, bei der natürlichen Ausprägung, die namentlich größere Arbeitsverhältnisse begleitete, bei der Schwierigkeit der Beweisführung, liegt die Gefahr nahe, daß dem Strafgesetze in der praktischen Anwendung Handlungen und Unternehmungen unterworfen würden, die lediglich zur Wahrnehmung berechtigter Interessen stattfanden und eine strafrechtliche Behandlung nicht verdienen.“

Wenn nun außerdem das Maximum und Minimum der Strafe so hoch gestellt werde, wie vorgeschlagen, und überdies der in der Rechtsprechung schwer zu handhabende Begriff der Wohlverhaltensmäßigkeit zu Grunde gelegt werde, so werde man in zahlreichen Fällen Unschuldige, in anderen Fällen Minderstrafwürdige mit ungerichten und zu hohen Strafen belegen, das Vereinstreten der Arbeiter und ihr Koalitionsrecht, aus dem sie mit Recht eine Weigerung ihrer Verhältnisse erhoffen, ernstlich gefährden und die leider schon vielfach vorhandenen Elemente des Mißtrauens in der Arbeiterwelt gegen die staatliche Ordnung noch erheblich verstärken.

Näher als diese Verletzung des Rechtes hätte in einem Gesetze, das die Bedingungen des Arbeiterdaseins verbessern sollte, die freie Beschäftigung und gesetzliche Anerkennung der beruflichen Organisation der Arbeiter liegen sollen.

Es sprachen sich damals bürgerliche Abgeordnete in der Kommission aus. Was bei der Gewerbenovelle von 1890 zutraut, gilt mit verdoppelter Wucht der Beweiskraft für den neuen, gegen die Arbeiter gerichteten Gesetzentwurf mit dem täuschenden Titel: „Zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, der nichts ist als ein nur gegen die Klassenbewusste Arbeiterschaft gerichtetes, kulturfeindliches Ausnahmegesetz, dessen Barbarei noch gesteigert wird durch die pharisäische Heuchelei von der „Gleichstellung der Arbeiter und Unternehmer“.

Eine ärgere Entstellung sinnvoller Thatsachen, eine schlimmere Umschlingung der Sachlage läßt sich nicht denken, als die doppelzüngig-zweideutige, schleichende Taktiklogik und der quammig quabbige, klebrige Stil, womit dieses Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter „behrundet“, beschönigt, bemäntelt wird. Der Versuch, der Wahrheit eine wächserne Nase zu drehen, die Welt glauben zu machen, daß Unternehmer und Arbeiter in dieser Ausnahmevorlage mit einer Elle gemessen würden, fällt platt zu Boden. Keine Bestimmung, die den Unternehmern wehe thut, überall Schlupflöcher, Auswege, Deckung, Würgschaften (das Recht auf schwarze Listen, Konventionalstrafen, trodene Wechsel u. s. w.), für sie der Sammelhandschuh: für die Arbeiter ungeheuerliche Strafverschärfungen, für Gewerkschaftsleiter bis zu fünf Jahren, der ganze Entwurf eine Sackgasse, aus der es kein Entrinnen giebt, für die Proletarier die eiserne Faust. Dort ein Dekorationsstück, ohne Wirkung, ohne Inhalt, hier die handgreifliche ruppige Wirklichkeit, die zwischen Zellengefängnis und Buchthaus wechselt.

Die organisierte Arbeiterschaft will ein wirkliches, nicht bloß auf dem Papier stehendes Koalitionsrecht. Sie

will den Fortfall des Strafparagrafen 153 der Gewerbeordnung, den Fortfall der reaktionären Vereinstgesetze, sie will offene Bahn und Anerkennung für die Gewerkschaften.

Und die erleuchteten Staatsmänner des Schleichkurses bieten den Arbeitern den Stein der Buchthausvorlage, die das Koalitionsrecht in Stücke schlägt, um dem Industriefeudalismus die neue kapitalistische Hörigkeit wehr- und willenloser Arbeiter zu sichern.

Statt der bürgerlichen Freiheit die Erklärung eines dauernden Ausnahmezustandes für Millionen von Arbeitern, statt eines Arbeiterschutzes ein Gelegenheitsgesetz, statt des Arbeiterschutzes der rücksichtslose Arbeitertrug. So „humanistren“ die Herrschenden den Klassenkampf.

Wenn je eine Politik die Erziehung zur Unzufriedenheit, zum sozialen Ingrimm, zur kampfbereiten Aufrüttelung auch der bumpyten und unaufgeklärtesten Gruppen der Arbeiterschaft auf großer Stufenleiter bedeutete, so diese schöpferisch-geniale Thätigkeit der Scharfmacher, denen der erste Lufthauch der öffentlichen Kritik schon die Maske abgerissen hat, um sie in ihrer ganzen häßlichkeit als Geschäftsführer des Feudalkapitalismus zu entlarven. Sie agitieren für die Sozialdemokratie wider ihren Willen, aber sie agitieren. Fort mit dem § 153 der Gewerbeordnung, fort mit der Buchthausvorlage, ein Koalitionsrecht her, das diesen ethischen Namen verdient, Ellenbogenraum für die Gewerkschaften, positiver Arbeiterschutz, das ist das Kampfschrei der Arbeiterklasse.

Sie wird für ihr Recht, das der neue Anschlag der Umstürzler von oben antastet, mit alter Thakraft einsehen und um seines Strohhalmes Breite zurückweichen. Den Fuß beim Male hält das deutsche Proletariat, möge kommen was da wolle, in seinem Streite für Recht, Freiheit und Kultur.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Auch die Maurer totaler Richtung in Berlin beschloßen in öffentlicher Versammlung, ebenso wie die Maurer der zentralen Richtung, auf allen Bauteilen, wo dies angängig, einen Stundenlohn von 65 Pfg. zu fordern. In den Maschinen-, Elektrizitäts- und Automobil-Gesellschaft Harß u. Schwarz in Köln-Lindenthal, haben die Dreher die Arbeit niedergelegt. Auf der Werkstätte der Möbelfabrikanten Lichtenau u. Friederichs, Köln, Raybachstraße, sind wegen Einführung einer neuen Fabrikordnung, der sich die Arbeiter widersetzen, Differenzen ausgebrochen. Die Klüftung ist eingereicht. Zugang ist fernzuhalten. Die Klempendreher in Eberfeld wollen, nachdem ihre Kollegen in Varnen den Zehnstundentag errungen haben, an ihre Unternehmer dieselbe Forderung stellen. Eine Versammlung, die in diesem Sinne Beschluß faßte, beauftragte den Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes, die erforderlichen Schritte einzuleiten. Die Verhandlungen zwischen den Seidenstofffabrikanten und ihren Arbeitern in Aresfeld sind gescheitert. Ein Streik, deren große Dimensionen annehmen dürfte, scheint demnach unvermeidlich. Die Vergleute in Ederich und Umgebung (Auhaff) streiken wegen Mäßregelung von Kameraden. Die dortigen Vergleute sind erst seit kurzer Zeit organisiert. Vor einigen Wochen wurde ein Vergarbeiter entlassen, wie es heißt, weil er in einer Vergarbeiter-Versammlung einen dem Referenten zustimmenden Zwischenruf gemacht haben soll. Die Arbeiter forderten in höflicher Weise

die Wiedereinstellung des Gemahregelten und zugleich die Erhöhung des 3 Mk. betragenden Schichtlohnes um 20 Pfg. Als Antwort wurde wenige Tage darauf beim Verlesen weiteren sieben Vergleuten gekündigt. Eine Eingabe um Lohnerrhöhung wollte man nicht erhalten haben. Sofort legte die ganze Mannschaft bis auf wenige Leute die Arbeit nieder. Die andere Schicht that dasselbe und von der 220 Mann betragenden Belegschaft streiken jetzt 180 Mann. Die Gemahregelten sind alte Leute, die meist einige Jahrzehnte auf der Grube arbeiten. In Forst befinden sich über 400 Maurer in einer Lohnbewegung. Eine Versammlung von über 1000 Maurern in Mainz beschloß, den Unternehmern mehrere Forderungen zu unterbreiten. Antwort wird bis spätestens 17. Juni erwartet. Der Textilarbeiter-Streik in Brann dauert nunmehr in die sechste Woche und die Arbeit ruht noch in allen Fabriken vollständig. Die Unternehmer hatten ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß am Sonnabend für viele Arbeiter zum zweiten Mal während des Streiks die Miethe fällig war, aber auch diese Schwierigkeit wurde überwunden und kein einziger ließ sich zwingen. Ein Versuch des Bürgermeisters von Brann, eine Verständigung herbeizuführen, scheiterte an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Gesammelt wurden bis jetzt für die Streikenden 31 000 Gulden. Im Auftrage des Vorstandes des dänischen Tabakarbeiter-Verbandes „Einigkeit“ erinchen wir, den Zugang nach Dänemark fernzuhalten, da durch das Vorgehen des Arbeitgeber-Verbandes gegen die dänischen Arbeiter, die allgemeine Arbeitssperre betreffend, auch die dem Arbeitgeber-Verband angehörenden Tabakfabrikanten bis auf Weiteres keine Arbeitskräfte mehr einstellen. Der Streik der Christianiaer Hafenarbeiter ist beendet. Die Arbeiter sind unterlegen. In Montceau les Mines (Frankreich) ist ein allgemeiner Ausstand der Vergarbeiter ausgebrochen.

Für den Nachtruh-Ladenschluß erklärte sich die Hauptversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine, die am 5. Juni in Eisenach in Gegenwart des Oberbürgermeisters und eines Beauftragten der weimarschen Staatsregierung tagte, durch Annahme der folgenden Resolution:

„Die Jahresversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine begrüßt es mit Freude, daß in der Novelle zur Gewerbe-Ordnung, in Verbindung mit den Beschlüssen der betreffenden Reichstags-Kommission, Mittel zur Befreiung der übermäßigen Arbeitszeit und anderer auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Handlungsgehilfen schädlich wirkender Uebelstände in Ladengeschäften geboten werden.“

In Erwägung jedoch, daß der § 139c der Novelle zu Unzuträglichkeiten bei seiner Handhabung führen muß, betont der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine, unter Hinweis auf die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterstatistik, deren bezügliche Erhebungen durch die im Jahre 1890 an den Herrn Reichskanzler gerichtete Denkschrift des Verbandes veranlaßt wurden, daß er es nach wie vor für unbedingt notwendig hält, für das ganze deutsche Reich einen allgemeinen Ladenschluß um spätestens 8 Uhr abends, mit Ausnahme der Abende vor Sonn- und Feiertagen, gesetzlich anzuordnen.“

Die Versammlung erklärte sich ferner für besondere kaufmännische Schiedsgerichte, für die Erweiterung und einheitlichere Gestaltung der Sonntagsruhe und für den Wegfall des Versicherungszwanges für Kaufleute bei der Alters- und Invalidenversicherung.

Nus Nah und Fern.

Klein Chronik. Durch die Explosion eines Benzinmotors in Eiber's Färberei in Wilhelmshaven wurden 2 Personen getötet, 6 verwundet. Von den Schwerverwundeten sind noch 2 gestorben. Mehrere Personen ver-

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(40. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Mit gleicher Herzenswärme begrüßten die Männer der Berge den Entschluß des Taras. Er hatte auf seinen Bügen diese rohen Menschen so bedingungslos für sich zu gewinnen verstanden, daß ihnen schon die Kunde, Taras komme wieder und für immer zu ihnen, eine Freudenbotschaft bedeutete. Nun kam er zudem als Märtyrer jener Gewalt, die sie haßten, und mit dem Entschluß, dieselbe zu bekämpfen. Oft und immer wieder hörte man es während jener Charwoche in allen Einsichten haben und dröhnen des „Schwarzen See's“: „Wehe den Weißbröden, wenn sie etwa unserem Taras hier nachstellen wollten!“ Er zählte so viele ergebene Bundesgenossen, als es Männer im Bergwald gab.

„Künftig genug war auch die Stimmung seiner eigenen Dorfgemeinden. Wie viel jene Rede dazu beigetragen, wie viel das Mitleid mit seinem Weibe, wie viel die Eitelkeit der Menschennatur, wäre freilich schwer zu entscheiden gewesen. Einigen hatte er sicherlich das Herz gekührt, Andere wieder waren sehr befriedigt, daß nun auch Taras erkannt, wie man vergeblich auf die Hilfe der „Fieberfuchser“ hoffe und es schmeichelte ihnen, daß gerade aus ihrer Mitte ein „Mäcker“ hervorgegangen, von dessen Auf das ganze Land erklang. Wohin immer sie in jenen Tagen kamen, ein Mann aus Zulawce war ein hochwillkommener Gast, weil er von dem Helden des Tages erzählen konnte. Und da nun die Hörer so unerträglich waren und so willig Schnaps zahlten, wenn man ihnen nur recht viele schöne Geschichten von ihm erzählte, so waren die Männer von Zulawce nicht spärlich und logen dem edlen, reinen Menschen, dem sie das Leben früher so viel verbittert, einen dicken Heiligenschein um das Haupt. Der friedliche Mann war nun

unpflöglich wieder der Stolz und Liebling seines Dorfes geworden.

Nur Wenige seiner Dorfgemeinden klagten dem unglücklichen Manne aufrichtig und schmerzlich nach. Aber gerade jener Freund, der den Verlust wohl am tiefsten empfand, vermied es ängstlich, hievon zu sprechen. Der Hope hatte den Namen des Taras seit der Trennungsstunde nicht wieder über die Lippen gebracht. Nur seine Gattin ahnte, wie sehr er leide, aber auch sie irrte, wenn sie glaubte, daß nur das Weh um den Freund an ihm zehre. Noch qualvoller war ein wilderer Schmerz, von dem er wohl selbst nie gekrächet, daß er jemals an sein frommes Herz würde rühren können. Und es kam der Moment, da die gute Frau auch dies erkennen sollte.

Es war am Abend des Charfreitag. Erst gegen die neunte Stunde und tödtmüde von den vielen gottesdienstlichen Verrichtungen des Tages war Leo heimgekommen. Doch als er nur wenige Tassen und ging sofort in seine Stube. Die Popadja folgte ihm und setzte sich mit ihrer Näherlei zur Lampe hin. Da er auf und ab schritt, zuweilen einige Worte vor sich hinmurmerte und wieder seinen Spaziergang aufnahm, so glaubte sie, daß er nach seiner Gewohnheit an der nächsten Predigt arbeite, und wagte es nicht, ihn anzusprechen, sondern blickte nur verstohlen nach ihm hin. Sonst lag auf seinem Antlitz bei dieser Arbeit ein Ausdruck stiller Verklärung, welcher die Frau immer mit Nahrung erfüllte, diesmal aber gewahrte sie darin einen Zug so herben, bitteren Weh's, daß sie erschrak und den Muth faßte, ihn anzureden.

„Mann“, fragte sie klopfenden Herzens, „Du arbeitest wohl an der Predigt für den Ostersonntag?“

Er fuhr zusammen und blickte dann düster vor sich hin. „Ich kann nicht!“ flüsterte er so leise, als spräche er mit sich selbst. „Ich kann nicht!“ wiederholte er laut, verzweiflungsvoll, und schlug die Hände vor's Antlitz.

Entsetzt fuhr die gute Frau empor und schlang ihre

Arme um ihn. „Leo“, schluchzte sie, „was ist Dir? . . . Das heißt, ich weiß ja, was es ist! Aber thust Du recht, Leo, Dich so dem Schmerz zu überlassen? Können wir es ändern, Leo?“

Er schüttelte das Haupt und faßte ihre Hand so fest, als wollte er sich an sie klammern.

„Nein, Weib“, stieß er mühsam hervor, „es ist nicht der Schmerz allein. Aber seit diese Menschen vor meinen Augen zu Grunde gegangen sind, ist's mir, so oft ich beten will, als wäre ich ein Heuchler.“

„Alle Heiligen!“ schrie sie auf.

„Ja, entfesse Dich nur“, fuhr er hastig fort, „es ist auch fürchterlich. Aber ich kann nichts dafür. Da preisen wir die Ungerechtigkeit Gottes . . . und nun das Geschick dieser Menschen — dieser Menschen!“

„Mann!“ rief sie angstvoll. „Wie oft hast Du gesagt: „Die Ausgleichung kommt erst im Jenseits“. Und nun willst Du zweifeln?“

„Im Jenseits“, wiederholte er in demselben ängstlichen hastigen Tone. „Gewiß, Weib, daran wollen wir festhalten! . . . Aber warum wird die Rechnung in dieser Welt gar so groß?! Dieser Mensch! . . . sein Weib ist wahnsinnig geworden, seine Kinder sind Waisen und er selbst wird am Galgen sterben, weil — weil er sich in der Verderbnis der Welt ein Kinderherz bewahrt, weil er festensfest auf Gott und Gerechtigkeit vertraut hat. . . . Es ist entsetzlich.“

Wieder wollte sie ihn umklammern, er aber rang sich faust aus ihren Armen und begann in der Stube auf und ab zu gehen, während sie auf das Bänkchen zurücksaß und bitterlich fortzuschluchzte.

Das währte einige Minuten.

Endlich blickte er vor ihr stehen, hob ihr thränenfeuchtes Antlitz empor und strich ihr das Haar aus der Stirne.

„Fruzia“, sagte er mit zitternder Stimme, „ich ver-

